

Pressemitteilung: 13 572-065/25

Öffentliches Defizit 2024 mit 4,7 % deutlich über Maastricht-Grenze

Schulden um 22,6 Mrd. Euro auf 394,1 Mrd. zu Jahresende 2024 gestiegen

Wien, 2025-03-31 – Im Jahr 2024 betrug das öffentliche Defizit laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 22,5 Mrd. Euro. Der öffentliche Schuldenstand erhöhte sich um 22,6 Mrd. Euro auf 394,1 Mrd. Euro zu Jahresende 2024. Die Schuldenquote – das Verhältnis der Staatsschulden zur nominellen Wirtschaftsleistung – stieg von 78,5 % auf 81,8 %.

„Die anhaltende Wirtschaftskrise schlägt auf die Staatsfinanzen durch und hat das Budgetdefizit im Jahr 2024 auf 4,7 % ansteigen lassen. Damit hat sich Österreich weiter von der 3 %-Maastricht-Grenze entfernt. Neben dem Rückgang der Wirtschaftsleistung hat insbesondere der Anstieg der Staatsausgaben um 8,8 % zum Defizit beigetragen, vor allem getrieben von den Gehaltsabschlüssen für den öffentlichen Dienst, den Anpassungen der Pensionen sowie der Valorisierung der Sozialleistungen. Die Steuereinnahmen sind hingegen weniger kräftig um 4,0 % gestiegen. Der österreichische Staat war Ende 2024 mit 42 849 Euro pro Kopf der Bevölkerung verschuldet“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Die Staatseinnahmen stiegen im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 um 4,9 % bzw. um 11,7 Mrd. Euro auf 248,8 Mrd. Euro. Die Staatsausgaben erhöhten sich um 8,8 % bzw. um 21,8 Mrd. Euro auf 271,3 Mrd. Euro. Daraus resultiert ein gesamtstaatliches Defizit von 22,5 Mrd. Euro, nach 12,4 Mrd. Euro im Jahr 2023. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu laufenden Preisen lag das öffentliche Defizit 2024 bei 4,7 % (2023: 2,6 % des BIP). Damit erhöhte sich das Budgetdefizit um 10,1 Mrd. Euro bzw. 2,0 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Die Defizite des Landes- und Gemeindefektors stiegen 2024 deutlich um 1,4 Mrd. Euro bzw. 0,4 Mrd. Euro an und beliefen sich 2024 auf 2,0 Mrd. Euro bzw. 2,6 Mrd. Euro.

Staatsausgaben deutlich gestiegen

Die **Staatsausgaben** stiegen 2024 um 8,8 % bzw. 21,8 Mrd. Euro. Personalaufwand (+10,0 %) und monetäre Sozialleistungen (+10,9 %) wuchsen dabei aufgrund der erneuten inflationsbedingt hohen Gehalts- und Pensionsabschlüsse 2024 überdurchschnittlich. Ausgaben zur Abmilderung der hohen Energiekosten, etwa die Stromkostenbremse, spielten 2024 ebenfalls noch eine Rolle, insgesamt ist das Subventionsniveau 2024 aber im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mrd. Euro gesunken.

Auch die allgemein höheren Finanzierungskosten zeigten sich in den gestiegenen Staatsausgaben: Die Zinsausgaben für die Staatsschulden erhöhten sich im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mrd. Euro. Der größte Anstieg der absoluten Zinslast konnte auf Bundesebene verzeichnet werden, da auch hier der Großteil der Schulden zu verbuchen war.

Einmalige Sondereffekte – wie Ausgaben im Zusammenhang mit der Nachzahlung von Vordienstzeiten für öffentlich Bedienstete, dem Hochwasser im September 2024 sowie für die Gebührenbremse – spiegelten sich in den Vermögenstransfers wider, die dementsprechend stark anstiegen (+1,1 Mrd. Euro).

Steuereinnahmen deutlich geringer gewachsen als Staatsausgaben

86,8 % der **Staatseinnahmen** im Jahr 2024 stammten aus Steuern und Sozialbeiträgen, die in Summe 215,9 Mrd. Euro ausmachten. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 5,4 %, bzw. 11,1 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen 2024 waren im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 4,0 % höher.

Konjunkturbedingt stiegen die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben 2024 mit nur 2,1 Mrd. Euro (+3,2 %) deutlich geringer an als in den Vorjahren. Die Einkommens- und Vermögenssteuern erhöhten sich in Summe um 3,2 Mrd. Euro (+4,9 %), wobei hier unterschiedliche Einflussfaktoren zum Tragen kommen. Einerseits erhöhten sich etwa die Lohnsteuer aufgrund der Lohnentwicklungen sowie die Kapitalertragssteuern deutlich, andererseits gab es durch diverse steuerliche Maßnahmen und konjunkturbedingt nur gedämpfte Anstiege bzw. Rückgänge bei einzelnen Steuern (z. B. durch die erneute Senkung der Körperschaftsteuer). Der im Jahr 2024 vergleichsweise deutliche Anstieg der Sozialbeiträge mit 5,8 Mrd. Euro (+7,9 %) spiegelt in erster Linie die hohen Gehaltsabschlüsse, bedingt durch die hohe Inflation in den Vorjahren, wider.

Öffentlicher Schuldenstand Ende 2024 bei 394,1 Mrd. Euro

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 betrug der öffentliche **Schuldenstand** 394,1 Mrd. Euro, das sind 22,6 Mrd. Euro mehr als am Ende des Vorjahres. Nach der Art der Verschuldung entfielen Ende 2024 349,2 Mrd. Euro des Schuldenstands auf Anleihen, 42,9 Mrd. Euro auf Kredite und 2,0 Mrd. Euro auf Einlagen.

Der größte Anteil des Anstiegs des öffentlichen Schuldenstands entfiel auf den Bundessektor mit 17,6 Mrd. Euro. Der Anstieg im Bundessektor wurde durch die anderen Teilsektoren nochmals deutlich um 5,0 Mrd. Euro verstärkt, besonders durch eine Schuldenerhöhung im Landes- und Gemeindesektor.

Den größten Teil der Erhöhung der Schulden des Bundessektors machte die Kerneinheit Bund aus, da mit den neu aufgenommenen Schulden vor allem die Abdeckung des laufenden Defizits finanziert wurde. Weiters erhöhte sich der Schuldenstand bei einigen außerbudgetären Einheiten, vor allem bei Bahninfrastruktureinheiten, durch kontinuierlich getätigte Infrastrukturinvestitionen.

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen zu den öffentlichen Finanzen finden Sie auf unserer [Website](#). Hier steht auch die [Präsentation zur Pressekonferenz](#) (PDF, 1,27 MB) am 31. März 2025 zur Verfügung.

Tabelle 1: Öffentliche Finanzen – Eckdaten des Staates

	2021	2022	2023	2024
Staatseinnahmen in Mrd. Euro	204,5	222,7	237,1	248,8
davon				
Steuereinnahmen	113,4	125,7	131,6	136,8
Sozialbeiträge	64,8	68,3	73,3	79,0
Produktionserlöse	18,0	19,5	21,3	22,1
Sonstige	8,4	9,1	11,0	10,8
Staatsausgaben in Mrd. Euro	227,6	238,0	249,5	271,3
davon				
Sozialleistungen	97,2	100,8	108,3	119,8
davon monetäre Sozialleistungen	78,9	81,6	87,6	97,1
Personalaufwand	44,8	46,6	50,4	55,5
Sachaufwand	30,2	31,7	33,0	34,4
Subventionen	18,7	11,8	10,8	9,6
Investitionen	14,6	19,6	17,9	18,7
Zinsausgaben	4,5	4,3	5,7	7,3
Sonstige Ausgaben	17,6	23,3	23,3	26,1
Defizit/Überschuss in Mrd. Euro	-23,1	-15,3	-12,4	-22,5
Defizit/Überschuss in % des BIP	-5,7	-3,4	-2,6	-4,7
BIP in Mrd. Euro	406,2	448,0	473,2	481,9

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 31.03.2025. – Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Tabelle 2: Öffentlicher Schuldenstand – absolut und in Prozent des Bruttoinlandprodukts, im Vergleich zum Vorjahr nach Teilsektoren des Staates

Teilsektoren des Staates	in Mrd. Euro		in % des BIP	
	2023	2024	2023	2024
Staat insgesamt	371,5	394,1	78,5	81,8
Bundessektor	323,6	341,2	68,4	70,8
Landessektor	25,7	27,8	5,4	5,8
Gemeindesektor	21,0	23,8	4,4	4,9
Sozialversicherungssektor	1,2	1,3	0,3	0,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen. – Berechnungsstand: 31.03.2025. – Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Informationen zur Methodik: Die Staatseinnahmen und -ausgaben werden nach dem Europäischen System für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ESVG 2010) kategorisiert. Das öffentliche Defizit bzw. der öffentliche Überschuss ergeben sich aus der Differenz von Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Die angeführten Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen beinhalten auch jene veranlagten Steuern und Sozialbeiträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist.

Bei der staatlichen Verschuldung handelt es sich um einen Brutto-Schuldenstand. Dies bedeutet, dass von den Schulden des Staates seine Finanzaktiva nicht abgezogen werden.

Die Unterschiede in der Veränderung des öffentlichen Schuldenstands und dem öffentlichen Budgetsaldo werden im sogenannten „stock-flow-Adjustment“ erfasst. Das kann zum Beispiel aus einem Verkauf von staatlichen Finanzaktiva entstehen oder aus einer Periodenabgrenzung von Emissionsdisagien, die 2024 wieder ein hohes Volumen verzeichneten.

Grundlage für das Berichtsjahr 2024 sind der vorläufige Rechnungsabschluss des Bundes, die Quartalsdaten der Länder und Gemeinden, die vorläufige Finanzstatistik des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger sowie erste Informationen zu außerbudgetären Einheiten. Statistik Austria erstellt als Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zweimal pro Jahr Daten über den Sektor Staat und publiziert sie jeweils Ende März und Ende September. Diese Termine entsprechen den Verpflichtungen gemäß den EU-Verordnungen Nr. 549/2013 (ESVG 2010) und Nr. 220/2014 (Maastricht-Statistiken), diese Daten sowie Statistiken über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand an die Europäische Kommission (Eurostat) zu notifizieren. Die Daten gemäß der angeführten EU-Verordnungen werden erstellt für den Sektor Staat insgesamt und die vier Teilsektoren Bundesebene, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherung.

Aufgrund eines EuGH-Urteils wurde in der 1. Dienstrechtsnovelle 2023 über die Nachzahlung von Vordienstzeiten für öffentlich Bedienstete entschieden. Es kam hier zu Nachzahlungen in der Höhe von 876 Mio. für Vordienstzeiten ab Mai 2016. Diese Nachzahlungen erfolgen in den Jahren 2024 bis 2027, die Ausgaben gemäß ESVG sind dem Jahr 2024 zuzuordnen.

Statistik Austria ist die zentrale Stelle für amtliche Daten und Statistiken zu Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Umwelt. Als nationales Statistikinstitut ist sie den gesetzlich verankerten Grundsätzen der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Objektivität verpflichtet. Geleitet wird Statistik Austria vom fachstatistischen Generaldirektor Tobias Thomas und dem kaufmännischen Generaldirektor Franz Haslauer.

Rückfragen:

Für Informationen zu Ergebnissen und Methodik wenden Sie sich bitte an:

Kerstin Gruber, Tel.: +43 1 711 28-7875, E-Mail: kerstin.gruber@statistik.gv.at

Lukas Dörfler, Tel.: +43 1 711 28-7816, E-Mail: lukas.doerfler@statistik.gv.at

Agnes Singer-Pesau, Tel.: +43 1 711 28-7169, E-Mail: agnes.singer-pesau@statistik.gv.at

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle: presse@statistik.gv.at

Medieninhaberin, Herstellerin und Herausgeberin:

STATISTIK AUSTRIA | Bundesanstalt Statistik Österreich | Guglgasse 13 | 1110 Wien | www.statistik.at

Pressestelle: Tel.: +43 1 711 28-7777 | E-Mail: presse@statistik.gv.at

© STATISTIK AUSTRIA